



## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

### **94. Sitzung (öffentlich)**

9. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:31 Uhr bis 10:47 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes</b>	<b>6</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/15477	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/16696	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16698	
	Ausschussprotokoll 17/1686 (Anhörung vom 12.01.2022)	

## Stellungnahmen

17/4653, 17/4662, 17/4679,  
17/4680, 17/4696, 17/4703,  
17/4705, 17/4706

## – Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

## – Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 17/16696 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/16698 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

**2 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen 10**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/15255

Ausschussprotokoll 17/1685 (Anhörung vom 12.01.2022)

## Stellungnahmen

17/4657, 17/4678, 17/4692,  
17/4698, 17/4704, 17/4718,  
17/4720, 17/4725, 17/4824

## – Wortbeiträge

**3 Auswirkungen der notwendigen Sanktionen gegen Russland auf NRW 14**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

**4 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW 21**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss behandelt den TOP heute aus Zeitgründen nicht.

**5 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 22**

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss behandelt den TOP heute aus Zeitgründen nicht.

**6 Verschiedenes 23**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*



### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Vorsitzender Georg Fortmeier** erinnert an die pandemiebedingten Vorgaben zur Abstandswahrung und Maskenpflicht sowie die Vereinbarung, in Fraktionsstärke abzustimmen. Die Sitzung werde per Livestream im Internet übertragen.

Auf Bitte des Vorsitzenden sagt **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** zu, seine Sprechzettel zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 5 zur Verfügung zu stellen.

## 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/15477

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/16696

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/16698

Ausschussprotokoll 17/1686 (Anhörung vom 12.01.2022)

Stellungnahmen  
17/4653, 17/4662, 17/4679,  
17/4680, 17/4696, 17/4703,  
17/4705, 17/4706

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 04.11.2021)*

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** betont, die Anhörung sei sehr interessant und konstruktiv, aber nicht kontrovers gewesen. Eine ganze Reihe von Gedanken zur Weiterentwicklung des Instruments sei vorgebracht worden. Aufgrund dessen und mit Blick auf die eingereichten Stellungnahmen habe sich die SPD-Fraktion entschieden, zu vier Themen Änderungen zum Gesetzentwurf einzubringen:

Die Gewerkschaften hätten auf die Ursprungsfassung verwiesen, in der unter § 6 Abs. 3 von „sozialpolitischen Verbänden“ die Rede gewesen sei. Dieser Begriff treffe nicht auf diejenigen zu, die gemeint gewesen seien, nämlich Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter. Die SPD-Fraktion folge dem von den Sachverständigen vorgebrachten Votum und plädiere für die präzisere Formulierung „Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertretungen“.

Ebenfalls in § 6 solle ein Satz angefügt werden, der sich aus dem Procedere der letzten Jahre entwickelt habe. Im jährlichen Bericht der Clearingstelle würden dem Ausschuss die abgeschlossenen Verfahren und deren Ergebnisse vorgestellt. Dies sei wenig zielführend, weil die Beratungsergebnisse der Clearingstelle erst nach Abschluss der Gesetzesberatungen vorlägen. Um die Überlegungen der Clearingstelle in die Beratungen einbeziehen zu können, müssten diese zeitnah vorliegen. Diesem Anliegen stehe die Clearingstelle offen gegenüber.

Konsens habe in der Anhörung darüber bestanden, die Arbeitnehmerseite im Beirat um einen Arbeitnehmervertreter aus der Handwerkskammer zu verstärken. Das Anliegen unterstütze die SPD-Fraktion.

Sowohl von Arbeitnehmer- als auch von Arbeitgeberseite sei in der Anhörung der Wunsch nach mehr Flexibilität bei der Benennung der beratenden Mitglieder des Mittelstandsbeirates laut geworden. Der Vorschlag laute, je nach thematischem Beratungsbedarf optional weitere Personen hinzuziehen zu können, um die Expertise auszuweiten. Eine entsprechende Regelung solle unter § 10 eingefügt werden. Dadurch könne die Arbeit des Mittelstandsbeirates weiter verbessert werden.

**Dr. Christian Untrieser (CDU)** bestätigt, die Anhörung sei sehr interessant gewesen und habe große Erkenntnisgewinne beschert. Die CDU-Fraktion könne dem vorliegenden Änderungsantrag von SPD und Grünen zwar nicht in allen Teilen zustimmen, befürworte jedoch einen zusätzlichen Sitz für den DGB. Darüber hinaus solle den Familienunternehmern in Nordrhein-Westfalen ein Sitz eingeräumt und das Gremium auf diese Weise gestärkt werden. Auch andere Argumente habe die CDU in ihrer Entscheidungsfindung abgewogen.

Der aktuelle Entwurf enthalte nach Auffassung seiner Fraktion bereits ausreichende Regelungen zur Information des Parlaments, zumal die Clearingstelle Mittelstand ihre Stellungnahmen auf ihrer Homepage veröffentliche. Der vorliegende Gesetzentwurf werde der Rolle des sehr starken Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen gerecht und stärke ihn weiter.

Nach Ansicht von **Ralph Bombis (FDP)** ist der Gesetzentwurf in der Anhörung auf grundsätzliche Zustimmung getroffen. Eine Weiterentwicklung werde begrüßt und auch von der FDP-Fraktion vorangetrieben. Die Novellierung solle umgesetzt werden, um die neuen Aufgaben der Clearingstelle wirken zu lassen. Auch andere bedeutende Verbesserungen würden mit der Gesetzesänderung erreicht. Die Stärkung der Clearingstelle stelle einen wesentlichen Faktor für neue, aber auch geltende Gesetze dar. Wichtig sei, dass neben dem fachlich zuständigen Ressort auch das Wirtschaftsministerium entsprechende Verfahren einleiten könne. Die Erweiterung des Beirats auf der Arbeitnehmerseite und durch die Familienunternehmer runde die Novellierung ab.

In den kommenden Jahren seien die Auswirkungen des geänderten Gesetzes zu beobachten, um möglichen weiteren Handlungsbedarf erkennen und Anpassungen vornehmen zu können.

Die Aufnahme einer Verpflichtung in das Gesetz, den Landtag über durchgeführte Clearingverfahren und deren Ergebnisse zu informieren, gehöre nach Auffassung der FDP-Fraktion aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht ins Gesetz.

**Wibke Brems (GRÜNE)** zeigt sich enttäuscht, dass die sozialen und ökologischen Interessen sowie Genderaspekte aus den Vergaberegulungen herausfallen. Das stelle einen Rückschritt auf Kosten der Umwelt, der Menschenrechte und der Geschlechtergerechtigkeit dar. So habe der DGB beispielsweise vor der Unterbietung von Umwelt-

standards gewahrt. Die Clearingstelle solle insbesondere durch eine frühzeitige Informationsverteilung sowie die Möglichkeit, Expertise hinzuziehen, gestärkt werden.

**Herbert Strotebeck (AfD)** betont, die Anhörung sei sehr aufschlussreich gewesen. Einige Fragen hätten allerdings durch eine direkte Einbeziehung des Mittelstandsbeirates in die Evaluation des Gesetzentwurfs vermieden werden können. Insbesondere Handwerk.NRW, unternehmer nrw, Familienunternehmer e. V., IHK und Clearingstelle hätten jeweils sehr detaillierte Stellungnahmen mit Kritikpunkten und konkreten Änderungserfordernissen vorgelegt. Handwerk.NRW habe den Gesetzentwurf sogar Paragraph für Paragraph analysiert, kommentiert und Änderungsvorschläge vorgelegt. Daher dränge sich die Frage auf, warum Beiratsmitglieder – auch bei früher anstehenden Novellierungen – nicht unmittelbar in die Erarbeitung des Entwurfs einbezogen worden seien. Aufgrund der schriftlichen und mündlichen Bewertungen stehe schon jetzt das nächste Verfahren an.

Gegen das aufgrund der Vielzahl von Gesetzen, Normen und Verordnungen 2012 verabschiedete Mittelstandsförderungsgesetz und die damit erforderlich gewordene Clearingstelle habe er grundsätzlich keinen Einwand; kleine und mittelständische Unternehmen müssten und sollten selbstverständlich unterstützt und gefördert werden.

Da die Kosten nicht Gegenstand der Stellungnahme und der Anhörung gewesen seien, bitte er das Ministerium um eine Aussage, ob aufgrund der Änderungen des Mittelstandsförderungsgesetzes Mehrausgaben geplant seien. Dies sei durchaus verständlich, da der Gesetzentwurf zum Beispiel das Merkmal der Wettbewerbssituation vorsehe und dies zu erhöhtem Personalbedarf führen könne. Seines Wissens habe die Clearingstelle bereits eine Stellenausschreibung vorgenommen.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** stellt klar, das Ministerium habe mit Rücksicht auf die vom Parlament noch zu treffenden Beschlüsse zunächst keine Mehrausgaben eingeplant. Beschließe das Gesetz eine Gesetzesnovelle, werde die Praxis zeigen, ob Mehraufwand entstehe. Dieser werde dann von der Clearingstelle angemeldet. Daraufhin müsse das Ministerium entscheiden, ob der Mehrbedarf gerechtfertigt sei oder nicht und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag Drucksache 17/16696 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 17/16698 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.



Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

## 2 **Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/15255

Ausschussprotokoll 17/1685 (Anhörung vom 12.01.2022)

Stellungnahmen  
17/4657, 17/4678, 17/4692,  
17/4698, 17/4704, 17/4718,  
17/4720, 17/4725, 17/4824

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Wissenschaftsausschuss sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 06.10.2021)*

**Dietmar Bell (SPD)** betont, die aktuelle Lage fordere geradezu dazu auf, Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren. Daher müsse das Thema der zirkulären Wirtschaft spürbar stärker gewichtet werden. Es bekomme nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus geopolitischen Erwägungen eine deutlich größere Bedeutung.

Die Mehrheit der Sachverständigen unterstütze die Forderungen des SPD-Antrags nachhaltig. Hierzu zählten das Wuppertal Institut, der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft, die IG BCE und Ecologic. Die Gutachter betrachteten die im Antrag dargelegten Empfehlungen als wichtig. Der Baustoffverband verfolge seine Stellungnahme sehr stark auf die vergaberechtlichen Kriterien für die Nutzung von Rezyklaten im Bereich der Bauwirtschaft ab.

In der sehr interessanten Anhörung sei für viele der geforderten Punkte eine relativ breite Unterstützung deutlich geworden. Unternehmer NRW habe die Gewichtung des Kreislaufabfallwirtschaftsgesetzes in den Raum gestellt. Hierzu verweise er auf die Ausführungen des Wuppertal Instituts im Rahmen der Anhörung.

Zu diesem wichtigen Thema, dessen Bedeutung in den letzten Wochen noch zugenommen habe, könne versucht werden, eine interfraktionelle Einigung herbeizuführen und somit ein klares Signal zu geben.

Eine hohe Bedeutung räumt auch **Ralph Bombis (FDP)** dem Thema ein. Dies gelte besonders mit Blick auf die aktuell bedrückende Lage auf internationaler Ebene. Die beschlossenen Wirtschaftssanktionen wirkten nicht nur, wie beabsichtigt, auf die russische Seite, sondern führten auch zu Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse die schwierige Phase erläutert werden. Wichtig sei ein offener und klarer Austausch über die heimische Rohstoffgewinnung. Zu ihr müsse sich die Politik bekennen; ihr komme eine gestiegene Bedeutung zu.

Der Antrag berücksichtige wichtige Aspekte der zirkulären Wirtschaft, allerdings kein gesamtheitliches Konzept. Auch das habe die Anhörung deutlich gemacht. Das Landesabfallgesetz sei zum Landeskreislaufwirtschaftsgesetz weiterentwickelt worden und im Februar 2022 in Kraft getreten. Maßnahmen müssten hierauf aufsetzen.

Die Möglichkeiten des neuen Gesetzes sollten in der Vollzugspraxis zunächst vollständig angewendet werden. Regulierung und Standardisierung sollten nicht über nationales und europäisches Recht hinausgehen. Stattdessen werde eine Harmonisierung angestrebt, damit eine solche Regelung nicht zu einer bürokratischen Belastung der Wirtschaft werde, sondern die positiven Effekte einer zirkulären Wirtschaft und den notwendigen damit einhergehenden Normen erreicht würden. Zudem solle unbedingt darauf geachtet werden, alle gesetzlichen Regelungen, Vorgaben und Konzepte aufeinander abzustimmen und strategisch zusammenzudenken.

Wie die Anhörung gezeigt habe, sei der Antrag somit noch verbesserungsfähig, auch wenn das Thema grundsätzlich befürwortet werde.

**Christian Loose (AfD)** erinnert an die Ausführungen eines Unternehmers während der Anhörung, der direkt im Recyclinggeschäft tätig sei. Denjenigen, die dem Bereich arbeiteten, müsse eine Stimme gegeben werden. Herr Klawek habe ganz deutliche Hinweise auf bestehende Probleme gegeben. Er sehe seinen Betrieb beispielsweise durch die stetig wachsenden Auflagen der Bezirksregierungen massiv behindert. So beklage er sich, eine BImSchG-Genehmigung erst nach drei Jahren erhalten zu haben. Darüber hinaus habe er weitere unsinnige Vorschriften angeführt, zum Beispiel dass am Tag nur 10 t Alugussreste gefahren werden dürften. Die Lkw führen somit weniger als halb beladen. Das zeige, Regelungen seien weder nachhaltig noch praxistauglich. An dieser Stelle könne die Landesregierung schnell für eine Erleichterung sorgen.

Behindert werde das Unternehmen auch durch das Versagen der Politik bei der Rahmedetalbrücke an der A 45; durch die Vernachlässigung der Infrastruktur in den vergangenen Jahrzehnten müssten nämlich riesige Umwege gefahren werden. Hinzu kämen hohe Diesel- und Strompreise. Gründe hierfür lägen unter anderem in der Abschaltpolitik von CDU und FDP. Die Maschinen bräuchten zuverlässig Strom, nicht nur dann, wenn passendes Wetter herrsche.

Von Bedeutung für die Branche seien einige grundlegende Änderungen, durch die beispielsweise Produkte nicht als Abfall, sondern als Rohstoff deklariert würden. Nicht ein Kompetenzzentrum werde benötigt, sondern echte Erleichterungen bei Genehmigungen und weniger Bürokratie.

**Wibke Brems (GRÜNE)** bekräftigt, der Thematik komme angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage eine gestiegene Bedeutung zu. Gleichzeitig könnten die Klimaschutzziele nur bei Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft erreicht werden. Die spannende Anhörung habe deutlich gemacht, dass es kaum mit Nordrhein-Westfalen vergleichbare Regionen gebe. Bestehende Chancen müssten noch umfangreicher ergriffen werden als bislang.

Die Sachverständigen hätten Hürden und Herausforderungen dargestellt, die aus ihrer Sicht beseitigt werden sollten. Dabei handele es sich vor allen Dingen um die unklaren Rahmenbedingungen und fehlende Planungssicherheit. Dies sei nicht nur, aber auch auf Landesebene zu klären. Der Vertreter des Wuppertal Instituts habe deutlich gemacht, dass es zu einer Umstellung auf Kreislaufwirtschaft kommen werde, es sei nur die Frage, wo und ob die in Nordrhein-Westfalen bestehenden Potenziale genutzt würden.

Klare Vorschläge aus der Anhörung in Richtung Land und Bund sollten aufgegriffen werden. Dabei gehe es um Steueranreize für bestimmte Produkte, aber auch um Produktpässe für Häuser, um das Recycling zu erleichtern. Der VCI schlage vor, zirkuläre Konzepte in Reallaboren zu entwickeln. Hier könne das Land Unterstützung anbieten. Das Ecologic Institut habe spannende Anreize bei Vergabe und Fördermitteln angesprochen.

Die Möglichkeit, über Abgaben zum Beispiel unsortierten Müll zu steuern, fehle im Antrag ebenso wie ein recyclinggerechtes Produktdesign. Für offenbleibende Finanzierungsfragen müssten Lösungen gefunden werden. Dennoch stelle der Antrag einen guten Impuls und sinnvollen ersten Schritt dar; er erhebe an vielen Stellen sinnvolle Forderungen.

**Dr. Patricia Peill (CDU)** räumt dem Thema oberste Priorität ein und hebt die Notwendigkeit der Weiterentwicklung hervor. Hürden seien zu beseitigen. Daran arbeite die Landesregierung zum Teil bereits. Vorschläge aus der Anhörung würden aufgenommen.

Die Festschreibung der fünfstufigen Abfallhierarchie im Landeskreislaufwirtschaftsgesetz sei wichtig. Hier gehe die öffentliche Hand vorbildhaft voraus und fördere die Nutzung von Recyclingbaustoffen bei der Vergabe öffentlicher Bauleistungen.

Mit der Carbon Management Strategie habe das Land etwas bisher Einmaliges vorgelegt, um die Circular Economy als zukunftsfähige Kohlenstoffquelle für die Industrie zu erschließen. Hierfür werde eine adäquate Förderlandschaft benötigt, und das BMU müsse die Richtlinie zur Dekarbonisierung der Industrie anpassen. Für einige Bereiche seien Investitionsförderungen vonnöten. Dazu gehöre das Pilotprogramm zum Carbon Contracts for Difference. Auch beim Markthochlauf die für CO<sub>2</sub>-Abscheidung fehle eine flächendeckende CO<sub>2</sub>-Infrastruktur. Hierzu werde das MWIDE einen Wettbewerb für drei oder fünf Modellregionen durchführen.

Das Metabolon stelle ein sehr gutes Netzwerk dar. Der Runde Tisch „Zirkuläre Wertschöpfung NRW“ habe seine Arbeit schon vor einiger Zeit aufgenommen. Die Chemieindustrie bemühe sich im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier um ein Kompetenzzentrum. Das unterstütze die CDU-Fraktion sehr.

Der Antrag gebe einen wichtigen Impuls. Gemeinsam solle über Weiterentwicklungsmöglichkeiten nachgedacht werden; denn das Thema sei für alle extrem wichtig. Allerdings dürfe es nicht zu einem NRW-Sonderweg kommen. Recycling und zirkuläre Ökonomie stellten ein ganzheitliches Thema für Deutschland und Europa dar. Deswegen sei eine Umsetzung von nationalem und europäischem Recht der richtige Weg.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** begrüßt die parlamentarische Diskussion und Unterstützung des Themas. Umwelt- und Wirtschaftsministerium arbeiteten seit drei Jahren eng abgestimmt mit Hochschulen, Verbänden, Institutionen, Forschungseinrichtungen und regionalen Zusammenschlüssen, um dieses Thema voranzutreiben. Es sei Teil der Energiewirtschaft und der Frage, wie auch mit den energieintensiven Unternehmen Klimaneutralität erreicht werden könne.

Nordrhein-Westfalen verfüge seit Jahrzehnten über weltweit führende Recyclingunternehmen mit großem Know-how. Deren Beitrag werde in noch stärkerem Umfang benötigt, um die sehr ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen. Schon 2021 sei eine Studie an ein Konsortium unter Federführung des Wuppertal Instituts in Auftrag gegeben worden, durch die mit Blick auf Nordrhein-Westfalen im Jahr 2030 Vorschläge für eine Vision, Ziele und eine daraus abgeleitete Roadmap erarbeitet würden. Das Konsortium arbeite an einem ganzheitlichen und in sich stimmigen Konzept. Die Studie werde voraussichtliche Ende April abgeschlossen und könne ein wichtiger Impulsgeber für weitere Aktivitäten des Landes sein.

2021 habe das Ministerium eine Studie an das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung vergeben, deren Ziel es sei, die Versorgung der Industrie in Nordrhein-Westfalen mit den wichtigsten Primär- und Sekundärrohstoffen bis 2035 zu untersuchen. Dabei solle die Rolle der Circular Economy bei knapper werdenden Ressourcen beleuchtet werden. Die Ergebnisse seien der Öffentlichkeit am 4. Januar 2022 vorgestellt worden. Sein Haus werde in den kommenden Monaten Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik weiter vorantreiben, um abzustecken, welche Anforderungen sich aus dieser Studie und der Diskussion für die Entwicklung einer NRW-spezifischen Rohstoffstrategie ergäben.

Kürzlich habe es den zweiten Pitch beim Circular Valley in Wuppertal gegeben. Dabei habe eine zweistellige Zahl von Start-ups aus der ganzen Welt Ideen vorgestellt, wie man mit Recycling nachhaltiger wirken könne. Das Land fördere die Circular-Valley-Initiative mit 3,5 Millionen Euro. Wichtige Impulse kämen auch aus der Wirtschaft.

### **3 Auswirkungen der notwendigen Sanktionen gegen Russland auf NRW**

#### **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE):**

Das Thema „Ukraine“ ist ein ganz schwieriger Punkt für uns. Ich glaube, das geht allen hier so. Das geht auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern so. Das ist eine ganz außergewöhnliche Situation, die ich so noch nicht erlebt habe. Wir können uns hier nicht vertiefend über das menschliche Leid und andere Themen humanitärer Art oder über Sicherheitsaspekte austauschen. Dafür ist das nicht der richtige Rahmen, aber ich glaube, das bewegt uns alle.

Wir müssen in unseren Gesprächen – jedenfalls, soweit ich sie führe – leider feststellen, dass wir nicht wissen, was morgen, nächste Woche oder in vier Wochen sein wird. Das wissen wir in Wahrheit nicht. Jeder kann Vermutungen anstellen, jeder kann auf gewisse Prognosen verweisen, die in dieser Zeit von Expertinnen und Experten abgegeben werden. Aber in Wahrheit wissen wir vergleichsweise wenig. Deswegen ist es so schwierig, zu sagen, was das aus wirtschaftlicher Sicht heißt.

Ich kann sagen, und das werden Sie im Sprechzettel gespiegelt bekommen, dass der Handelsaustausch in Nordrhein-Westfalen mit Russland seit der Krimkrise 2014 deutlich rückläufig ist. Das Gewicht Russlands als Handelspartner ist bei den wichtigsten Importländern auf Platz 14 gefallen – vor 2014 nahm Russland einen Platz im einstelligen Bereich ein – und bei den Exportländern auf Rang 15. Es handelt sich um Importe für 5 Milliarden Euro und Exporte für 4 Milliarden Euro. Das hört sich mit Blick auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht so gewaltig an. Insgesamt 3.650 deutsche Firmen sind in Russland aktiv. Davon sind viele aus Nordrhein-Westfalen. Jeder von uns kennt mindestens eines, wenn nicht sogar mehrere, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht nur einen Bruchteil, sondern erhebliche Umsätze und Erträge aus dem Russlandgeschäft erzielt haben, sodass keine Generalisierung möglich ist. Auf der einen Seite kann man sagen, wir sind nicht so hart betroffen. Das sind die globalen Zahlen. Aber wenn wir uns das einzelwirtschaftlich ansehen, kann es schon jetzt unmittelbar zu härteren Betroffenheiten führen. Deshalb führen wir mit Wirtschaft, Verbänden und auch Einzelunternehmen, von denen wir wissen, dass sie härter betroffen sind, Einzelgespräche, um zu sehen, wo wir helfen können, damit die Unternehmen dadurch nicht existenziell gefährdet werden.

Wir haben natürlich auch Betroffenheiten in den Lieferketten von Zulieferern, die in den meisten Fällen, die wir jetzt sehen, eher in der Ukraine sind. Dort werden die Kabelbäume für die Automobilindustrie hergestellt. Das betrifft den süddeutschen und den norddeutschen Raum noch stärker als uns. Aber mittelbar werden natürlich auch unsere Automobilzulieferer in den nächsten Wochen und Monaten davon berührt sein. Wenn weniger Autos hergestellt werden können, weil die Kabelbäume nicht da sind und Mitarbeiter erneut in Kurzarbeit geschickt werden, hat das irgendwann eine Rückwirkung auf die Automobilzulieferindustrie. Das müssen wir im Blick behalten.

Wir haben 200.000 IT-Spezialisten in der Ukraine, die unter anderem mit deutschen Digitalunternehmen zusammenarbeiten. Auch das wird eingeschränkt. Das betrifft auch Belarus.

Das sind alles Themen, die uns berühren und von denen der eine oder andere härter betroffen ist. Das müssen wir herausarbeiten; das tun wir sehr intensiv. Da müssen wir nach Lösungen suchen. Das ist die eine Sicht der Dinge.

Die andere Sicht ist viel gravierender. Das ist das energiewirtschaftliche Thema. Das berührt uns insgesamt und mit Blick auf die hohe Importabhängigkeit vom Gas. 55 % des deutschen Gases und 30 % des hier verbrauchten Öls kommen aus Russland, interessanterweise aber auch 50 % der Steinkohle, die hier energiewirtschaftlich genutzt wird. Das sind erhebliche Abhängigkeiten. Gerade bei Öl und Steinkohle versuchen wir, uns auf internationalen Märkten abzusichern. Aber da wollen nicht nur wir uns absichern, sondern viele.

Beim Gas ist es noch schwieriger, so schnell zu diversifizieren. Ich hatte dazu verschiedene Vorschläge unterbreitet und Forderungen aufgestellt, die wir unter anderem mit Blick auf den nächsten Winter in den Bundesrat eingebracht haben. Wir müssen andere Vorkehrungen treffen, was die Füllstände anbetrifft. Wir sollten möglichst auch eine nationale Gasreserve in Angriff nehmen. In Anbetracht unserer hohen Abhängigkeit war das im vergangenen Jahr leider nicht der Fall, weshalb wir in Deutschland mit niedrigen Füllständen operiert haben. Das ist von Russland im vierten Quartal massiv so gemanagt worden. Aber dem ist auf nationaler Ebene auch keiner entgegengetreten. Das muss man leider feststellen. Das hat zur Folge, dass wir jetzt relativ niedrige Füllstände von etwa 25 % haben. Nachts war es in den letzten Tagen wieder relativ kalt. Wenn es milder bliebe, kämen wir damit noch knapp bis zum Sommer. Wenn es kälter wird, ist es schon knapper, selbst, wenn weiterhin geliefert wird. Das muss man sehen.

Die Kaskade läuft so, dass zunächst einmal das Gas von der Verstromung weggenommen wird. Dann gelten die anderen Ausgleichsmechanismen, dann müssen andere Energieträger stärker ins Netz gehen. Das wird von der Bundesnetzagentur veranlasst. Auch Kraftwerke, die in der Sicherheitsbereitschaft stehen, müssen dann zugeschaltet werden usw. Das ist der erste Schritt. Der zweite Schritt ist, wenn nicht genügend Gas da ist, wird die Industrie mit der Gasversorgung verringert und dann die Haushalte. Da der größte Gasverbraucher in Deutschland die Industrie ist, hat das ganz massive Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und erst recht auf ein Energieland wie Nordrhein-Westfalen mit einem hohen Anteil energieintensiver Unternehmen. Das muss man sehen.

Es bedrückt uns unglaublich, wenn wir uns die Bilder und das menschliche Leid ansehen. Es muss irgendwie gelingen, das zu stoppen, und da muss jedes Instrument geprüft werden. Auf der anderen Seite muss man sich bei jeder einzelnen Maßnahme fragen, was man damit bewirken kann und welche Wirkung man wo und in welcher Form entfaltet. Ich teile die Haltung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers, aber auch des zuständigen Bundeswirtschaftsministers, dass man versucht, diese Energielieferungen aufrechtzuerhalten, weil es massive Rückwirkungen auf uns hätte, wenn wir sie durch ein Embargo nicht mehr zuließen.

Das muss man aus der wirtschaftspolitischen Betrachtung und der Versorgungssituation heraus so beurteilen. Man kann auch zu anderen Abwägungen kommen, aber ich muss Ihnen das aus dieser Sicht heraus darlegen. Ich halte das für nicht so leicht berechenbar. Es gibt Studien, die besagen, das sei alles kein Problem und man könne das irgendwie machen. Ich bin unsicher, ob das wirklich gelingt. Wir sehen jetzt schon, wie die Märkte reagieren und wie sich die Preise entwickeln.

Fern davon, ob die eine oder die andere Seite ein Embargo verhängt oder nicht, werden wir uns mindestens in den nächsten Wochen und Monaten auf sehr hohe Energiepreise einrichten müssen. Möglicherweise ist das auch länger der Fall – wir wissen nicht, wie lange. Diese Unsicherheit haben wir.

Jetzt sind wir wieder bei der Betroffenheit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wir haben die Betroffenheit aus den erhöhten Energiepreisen und möglicherweise auch aus der Unterversorgung mit Energie. Damit müssen wir umgehen.

Wir haben morgen einen Energiegipfel mit allen Stakeholdern im energiewirtschaftlichen Bereich, um uns zu diesen Themen, aber auch mit Fragen der kurz- und mittelfristigen Energieversorgung auseinanderzusetzen. Wir werden das in den nächsten Tagen und Wochen auch in der direkten Ansprache energieintensiver Unternehmen, des Mittelstandes und anderer fortsetzen, damit wir möglichst gezielte Maßnahmen identifizieren und mit der Bundesregierung abstimmen können, um Verwerfungen, die möglicherweise auftreten können, zu begegnen.

In dem Kontext ist die Frage, wie es energiewirtschaftlich weitergeht, ob wir uns von Klimaschutzzielen oder sonstigen Zielen verabschieden müssen. Wir haben sehr früh gesagt, alles muss geprüft werden. Aber klar ist auch, wir wollen an unseren Zielen – Klimaneutralität 2045, Kohleausstieg idealerweise 2030 –festhalten. Das ist die Sichtweise der Landesregierung, aber auch der Bundesregierung. Da sehen wir keinen Abstrich. Um das zu erreichen, brauchen wir einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren. Das haben wir mit unserer Energieversorgungsstrategie bereits im Dezember festgelegt, als wir die Pläne der neuen Bundesregierung implementieren konnten.

Jetzt stellt sich die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angelegte Herausforderung der Beschleunigung von Planungen, Genehmigungen und Umsetzungen. Das muss nun auf den Tisch. Die Bundesregierung hat ein Oster- und ein Sommerpaket angekündigt. Im Osterpaket sollen die finanziellen Anreize zum Ausbau der erneuerbaren Energien stärker im Vordergrund stehen, im Sommer eher die Planungen und Genehmigungen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn beides zusammen und möglichst schnell käme; denn wir haben keine Zeit zu verlieren. Wir sind sehr offen, um über diese Themen zu reden. Das habe ich in der Wirtschaftsministerkonferenz und gestern auf dem Energieministertreffen mit Herrn Habeck deutlich zum Ausdruck gebracht. Hier muss unsere Priorität liegen.

Wir haben eine gemeinsame Initiative mit Niedersachsen abgestimmt, um den Ausbau der Offshore-Windenergie und den Leitungsausbau in Korridoren nach Nordrhein-Westfalen zu forcieren. Trotz all unserer hehren Ziele in Deutschland ist im vergangenen Jahr offshore nichts ausgebaut worden. Das muss man sehen. Wir



sind bei gerundet 8 GW offshore. Ziel der Bundesregierung sind deutschlandweit 30 GW bis 2030. Das ist ein riesiger Kraftakt. Man könnte sagen, das ist alternativlos, wenn man es mit dem Umbau des Energiesystems ernst meint. Unser Ziel ist, dass bis 2035 etwa 8 GW davon nach Nordrhein-Westfalen kommen. Wir müssen darauf achten, dass die Leitungen entsprechend ausgebaut sind. Bis 2045 steigt das Ziel auf 70 GW, davon 14 GW aus Dänemark. So hoffen wir jedenfalls. Davon sollen 20 GW in Nordrhein-Westfalen sein. Das heißt, es kommt eine ganze Menge Energie offshore. Es ist nicht so, dass wir onshore nicht weiter ausbauen. Das ist klar. Wir haben die vom Bund vorgegebenen Ziele: Verdopplung Wind, Photovoltaik Verdreifachung, Vervierfachung. Vielleicht müssen wir die Gangart noch mal erhöhen, wenn der Bund entsprechende Rahmendaten dazu vorlegt. Wir wissen, dies alleine ist ein riesiger Kraftakt.

Noch mal: offshore hat einen Vorteil. Wir haben 4.000 Volllaststunden bei offshore und 2.000 bei onshore. Das heißt, wenn wir feste Verträge und Punkt-zu-Punkt-Leitungen von der Nordsee nach Nordrhein-Westfalen haben, dann haben wir nicht nur erneuerbare Energie, sondern wir haben sie sicherer als wenn wir sie hier umwandeln. Das wären wichtige Achsen, die wir brauchen, um einen vorzeitigen Kohleausstieg realistisch zu gestalten. Ich bin den Niedersachsen sehr dankbar, dass wir dazu in einem engen Austausch sind und gemeinsam planen statt jeder für sich nach dem Motto: Dann habe ich mehr Wasserstoff, und dann mache ich die Industrie und nicht mehr der Süden. – Das wollen wir zusammen machen. Wir können es auch nur zusammen machen; es muss eine Win-win-Situation geben.

Andere Themen gibt es bei der Diversifizierung des Gases. Stichwort LNG. Auch diese müssen vorangetrieben werden. Niedersachsen und Schleswig-Holstein helfen mit dem Ausbau der Terminals. Aber auch da sind noch infrastrukturelle Maßnahmen notwendig, um für genügend Gaslieferungen in den nächsten Jahren Sorge tragen zu können. Weil noch völlig offen ist, wie viel Gas wir in zwei oder fünf Jahren aus den verschiedenen Himmelsrichtungen haben, ist da ein dynamischer Prozess zu klären.

Wir haben gesagt, alle Themen müssen auf den Tisch. Das ist die Haltung, die auch die Bundesregierung vertritt. Dazu gehören alle konventionellen Energien, die überprüft werden müssen. Auf dem gestrigen Energieministertreffen hat Herr Habeck für die Bundesregierung vorgetragen, dass kurzfristig geprüft wurde, was über den Winter bis zum nächsten Frühjahr geht. Für die Bundesregierung hat er Atomkraft ausgeschlossen oder als nicht realistisch und technisch nicht machbar bezeichnet. Ob es noch mal mittelfristig eine Überprüfung gibt, wie ich sie aus klimapolitischen Gesichtspunkten anregen würde, muss noch geklärt werden. Das ist nicht abschließend untersucht worden, weil es erst mal um die Frage ging, wie uns Atomkraft für die nächsten 18 Monate hilft.

Hier muss man nach meiner Sicht auf die Dinge als auch für den Klimaschutz zuständiger Minister mit in den Blick nehmen, ob es uns Entlastung bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen eröffnen würde, wenn wir das bis 2030 denken würden, wie es unsere Nachbarn in Benelux und Frankreich machen. Ansonsten müsste bei einem nicht hinreichenden Gasersatz oder einer zu geringen Gasdiversifizierung zumindest in Winter-

monaten bei Dunkelflauten mehr Steinkohle und im Zweifel auch andere Kohle ins Netz gehen. Das sind Gespräche, die der Bund und die Bundesnetzagentur mit den Betreibern nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz zu führen haben. Das werden wir sehen. Man muss die Dinge pragmatisch beleuchten und gucken, wie wir sicher sein und kurz- und mittelfristig möglichst klimaschutzfreundlich sein können. Langfristig sowieso. Klar. Je früher, desto besser. Wir müssen auch die Bezahlbarkeit im Blick behalten.

Der Staat muss sich fragen, wie er Energie belastet. Kann er da etwas tun? Wir bereiten eine Bundesratsinitiative auch unter dem Blickwinkel vor, was wir zu einer Entlastung der Verbraucher und der Betriebe beitragen können. Bei den exorbitanten Steigerungen, die wir jetzt und in den nächsten Tagen und Wochen möglicherweise zusätzlich erleben, wird es mit Blick auf die Industrie noch mal besonderer Lösungen bedürfen. Stichwort „Papierindustrie“. Betriebe wissen im Moment gar nicht mehr, wie sie ihre Produkte noch so am Markt verkaufen können, dass sie ihre Verluste begrenzen können. So ist die Lage. Die war schon in den letzten Wochen und Monaten schwierig. Jetzt ist sie ganz massiv. Wir müssen sehen, welche Mechanismen wir finden, um insbesondere die Arbeitsplätze vor diesen hohen Preisanstiegen zu schützen.

**Wibke Brems (GRÜNE):** Herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich glaube, ein paar Diskussionen können wir heute nicht zu Ende führen. Von daher gehe ich jetzt nicht auf das Thema „Atomkraft“ als mittelfristige Lösung ein, sondern stelle konkrete Nachfragen zu der ganz akuten Situation.

Ich unterstütze das von Ihnen Gesagte, wonach die Priorität auf der Versorgungssicherheit liegt. Das ist für die nächsten 18 Monate sicherlich sehr wichtig. Ich finde es auch wichtig, den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien jetzt voranzutreiben. Man muss nicht warten, bis irgendwo rechtliche Rahmenbedingungen geändert werden. Auch mit den jetzigen Rahmenbedingungen wäre an der einen oder anderen Stelle jetzt schon eine Beschleunigung möglich.

Nachfragen zum Ausbau von Photovoltaik und Wärmepumpen haben in den letzten Monaten erheblich zugenommen und sich in den letzten Wochen nochmals deutlich erhöht. Ich habe mit Handwerksunternehmen gesprochen, die gar keine Angebote in dem Bereich mehr schreiben. Das Hauptproblem ist dabei nicht das Material, obwohl die Firmen natürlich merken, dass die Materialpreise nach oben gehen. Das Hauptproblem ist jetzt schon das Personal. Das heißt, wenn die doppelt so viele Leute hätten, könnten sie doppelt so viel tun.

Sie haben zu anderen Punkten Gipfel durchgeführt und anderes unternommen. Die Frage ist, wie das Ministerium bei dem Thema kurzfristig agieren könnte.

Bitte sagen Sie auch was zum Thema „Cyberangriffe“. Wir wollen keine Details bekommen und in die Breite treten. Aber offenbar gibt es auch gegen kommunale Energieversorgung oder Entsorger Angriffe. Können Sie sagen, ob solche Angriffe im Unternehmensbereich in den letzten eineinhalb Wochen zugenommen haben? Das belastet die Unternehmen, weil sie zusätzliche Kraft in die IT-Sicherheit stecken müssen.

Gerade geht über die Ticker, dass es weitere EU-Sanktionen gegen Belarus gibt. Können Sie was zu unseren Beziehungen zu Belarus und dazu sagen, was das für nordrhein-westfälische Unternehmen bedeutet? Vielleicht können wir das in der nächsten Runde machen. Dann wird klarer, ob es allgemeine Tendenzen oder nur punktuellen Austausch gibt.

**Christian Loose (AfD):** Die Schicksale in der Ukraine sind sehr schlimm. Da schließe ich mich den Worten des Ministers an. Aber wir müssen nun mal auf die wirtschaftlichen Effekte insbesondere auf den Energiesektor schauen. Vor drei Wochen wurde ich im Plenum fast ausgelacht, als ich ganz klar gemacht habe, wo die doppelte Abhängigkeit besteht. nämlich beim Strommarkt, wenn man alles auf Gaskraftwerke setzt und alles andere abschaltet. Das Gleiche passiert mit Wärmepumpen. Wärmepumpen ersetzen am Ende zwar Gasheizungen, heißt es, aber der Strom muss irgendwoher kommen. Dann sind wir wieder bei Gaskraftwerken.

Sie sprechen die ganze Zeit von einem Kohleersatzbonus, um immer noch neue Gaskraftwerke in den Markt zu drücken. Das erhöht weiter die Abhängigkeit. Sie haben in all den Jahren nichts getan, um Alternativen aufzubauen, sondern setzen ausschließlich weiter auf diese Abhängigkeit vom Wetter oder vom Gas und damit von Russland. Leider zeigen Ihre heutigen Ausführungen, dass Sie an diesem Weg festhalten und den Ernst der Lage immer noch nicht erkannt haben. Donald Trump wurde 2018 belächelt, als er sagte, Deutschland werde sich total abhängig von russischer Energie machen. Heiko Maas meinte damals, er werde dieser Kritik die echten Fakten entgegensetzen. Die Realität sehen wir gerade: Wir haben diese doppelte Abhängigkeit – leider auch von Ihnen geschaffen. Ich habe von Ihnen noch keine Lösung gehört, Herr Minister.

**Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE):** Herr Loose, man kann sagen: „wir versuchen, gar nichts zu ändern“ oder: „wir müssen schneller ändern“. Dazwischen müssen wir uns entscheiden. Ich glaube, wir sollten schneller ändern. Wir haben uns viel vorgenommen, sind aber bei der Umsetzung nicht so stark, wie wir sein müssten. Wir müssen uns fragen, wie wir in Deutschland vorankommen wollen. Unter dem Eindruck dessen, was wir jetzt sehen, und angesichts der hohen Abhängigkeit von konventioneller Energie wäre es gut, unsere ganze Innovationskraft, aber auch unseren Gestaltungswillen zu nutzen, um ein höheres Maß an Unabhängigkeit zu erreichen. Das könnten wir über die Erneuerbaren erreichen.

Wir stoßen natürlich an Grenzen: Haben wir genügend Menschen und genügend Ressourcen, um das so beschleunigt umzusetzen? Das ist sicherlich eine Herausforderung. Ich denke, es ist wert, das sehr pragmatisch anzugehen. Der nachhaltige Nutzen ist groß – fürs Klima, aber auch für einen besseren Umgang mit knappen Ressourcen. Das habe ich wiederholt – auch im Plenum – ausgeführt. Dass die Energiepreise gestiegen sind, liegt nicht nur an diesem Konflikt. Wir werden noch ganz andere Konflikte um die knappen fossilen Energien bekommen, wenn wir sie nicht ersetzen. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Deswegen ist es klug, wenn man schnell umsteuert. Das hätten wir bisher schon besser machen können, aber jetzt müssen wir es auch machen.

Frau Brems, ich habe die Zahlen der Ukraine für die Wirtschaftsbeziehungen zu Nordrhein-Westfalen nicht genannt. Die sind deutlich niedriger als die zu Russland. Ich vermute, das wird bei Belarus nicht anders sein. Wir gucken uns das an und werden den schriftlichen Bericht ergänzen.

**Ralph Bombis (FDP):** Herzlichen Dank, Herr Minister. Ich kann Ihre Worte zur Geschwindigkeit sehr deutlich unterstützen. Wir müssen uns alle fragen, wo wir noch besser werden können. – Ich bitte darum, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Ausschusssitzung in einer etwas größeren Ausführlichkeit und vor dem Hintergrund der bis dahin erfolgten Entwicklung zu behandeln.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

#### **4 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW**

Der Ausschuss behandelt den TOP heute aus Zeitgründen nicht.

**5 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung**

Der Ausschuss behandelt den TOP heute aus Zeitgründen nicht.

## **6 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

gez. Georg Fortmeier  
Vorsitzender

21.03.2022/21.03.2022

10